

Protokolleintrag vom 29.05.2013

2013/195

Schriftliche Anfrage von Michel Urben (SP) und Karin Meier-Bohrer (Grüne) vom 29.05.2013: Lehrstellen der städtischen Verwaltung, Vergabepaxis an Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt

Von Michel Urben (SP) und Karin Meier-Bohrer (Grüne) ist am 29. Mai 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Es ist bekannt, dass die Absolventinnen und Absolventen der SekB der Stadt Zürich Mühe haben, eine geeignete Lehrstelle zu finden. Gemäss Laufbahnzentrum werden 2/3 der Lehrstellen in der Stadt Zürich an auswärtige Schülerinnen und Schüler vergeben. Nun versteht es sich von selbst, dass niemand gezwungen werden kann, städtischen SchulabgängerInnen einen Lehrvertrag zu geben. Wir finden es bedenklich, dass dies die Stadt Zürich als Arbeitgeberin anscheinend auch so handhabt. Anstelle den AbgängerInnen das 10. Schuljahr zu finanzieren, wäre es sinnvoller, die Verwaltung und verwaltungsnahen Betriebe würden ihnen eine Lehrstelle anbieten.

1. Wie viel Prozent der Lehrstellen der städtischen Verwaltung bzw. der verwaltungsnahen Betriebe werden an in der Stadt Zürich gemeldete Lernende vergeben?
2. Wie stark hat sich dies in den letzten fünf Jahren verändert?
3. Gibt es Empfehlungen der Stadt Zürich, dass in der Stadt wohnhafte Jugendliche bevorzugt werden? Wenn nein, wieso nicht?
4. Was würde gegen eine Quotenregelung für städtische SchulabgängerInnen in städtischen Betrieben sprechen?

Mitteilung an den Stadtrat